

## **Begleittext zum Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige 2022:**

### **Trauer um 54.566 Prohibitionsopfer**

Seit 25 Jahren wird alljährlich am 21. Juli weltweit der Gedenktag für verstorbene drogenabhängige Menschen veranstaltet. Neben der Möglichkeit der gemeinsamen Trauer um die Verstorbenen dient der Gedenktag auch dazu, geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation drogengebrauchender Menschen einzufordern. Allerdings: Sisiphos lässt grüßen! Jahr für Jahr wird die Wurzel allen Übels, die prohibitiv-restriktive Ausrichtung der Drogenpolitik, klar benannt und eine Reform des Betäubungsmittelrechts angemahnt - Jahr für Jahr, ohne Wirkungsrelevanz. Aus ursprünglichem Mut zu Tabubrüchen hat sich, im Gegensatz zu Sisiphos, der trotz seines Scheiterns ein glücklicher Mensch geblieben war, angesichts des vollkommen unnötigen Leids zigtausender drogengebrauchender Menschen und mühsamer und ermüdender Wiederholungen wissenschaftlicher Erkenntnisse und Praxiserfahrungen allmählich ein Gefühl von Wut entwickelt. Wie viele Generationen an engagierten Forscher\*innen und Praktiker\*innen müssen sich noch an der Prohibition und deren Folgen abarbeiten, bis der Beton in den Köpfen verantwortlicher Politiker\*innen zu bröckeln beginnt? Wie viele Menschenleben sollen der Prohibition noch geopfert werden?

Trotz Weiterentwicklung und vieler wertvoller überlebensfördernder Errungenschaften der Drogenhilfe und Suchtmedizin der letzten Jahre gilt: Ob „life first“, „health first“ oder „housing first“ – ja was denn eigentlich nun zuerst? (!) -, Drogenhilfe und Suchtmedizin können unter den durch die prohibitive Ausrichtung der Politik gesetzten Bedingungen nie wirklich über die Rolle eines ökonomisch getriebenen sozial- und gesundheitskosmetischen – und damit vorherrschende Ordnungspolitik stützenden – „Dienstleistungsgewerbes“ hinauskommen. Die Zahl der allein im vergangenen Jahr bundesweit verstorbenen 1.826 Drogengebrauchenden spricht Bände...

Erinnern wir uns: Alle heute verbotenen Drogen waren früher einmal legal und frei erhältlich. Das im ersten Quartal des 20. Jahrhunderts weltweit etablierte Verbot bestimmter Substanzen und eine damit einhergehende Kriminalisierung entsprechender Konsument\*innen war nur vorgeblich eine Maßnahme des Gesundheitsschutzes – die Trennung in legale und illegale Drogen erfolgte nicht aufgrund realer Gesundheitsrisiken. Ausschlaggebend für die Einführung der Prohibition waren vielmehr moralische, ideologische und vor allem wirtschaftspolitische Interessenlagen. Das auch heute noch vorherrschende politische, strafrechtliche und öffentliche „Meinungsbild“ ist geprägt durch jahrzehntelang

vermittelte Fehlinformationen zur Sozial- und Gesundheitsschädlichkeit bestimmter Substanzen. Erinnern wir uns auch daran: Das Betäubungsmittelgesetz soll einen Ausschluss von Missbrauch illegalisierter Substanzen, von deren Verfügbarkeit und vom „Entstehen oder Erhalten einer Betäubungsmittelabhängigkeit“ sowie die Verhinderung von Drogenkriminalität bewirken. Mit dieser Zielausrichtung ist die Politik kolossal gescheitert. Profiteur ist einzig die organisierte Kriminalität, die uns vor allem in den Produktions- und Transitländern jährlich zigtausende an Mordopfern konkurrierender Gangs und Kartelle hinterlässt. Die Drogenverbotspolitik trägt auch keineswegs zur Gesundheitsförderung bei. Sie ist – im Gegenteil – mitverantwortlich für die meisten Drogentodesfälle und die prekären gesundheitlichen und psychosozialen Lebenslagen drogengebrauchender Menschen: Seit Beginn der Dokumentation von jährlichen Rauschgifttodesfällen 1973 durch das Bundeskriminalamt wurden 54.566 mit illegalisiertem Drogenkonsum assoziierter Todesfälle statistisch erfasst. Zur Verdeutlichung der Größenordnung: Diese Zahl spiegelt annähernd die jeweiligen Einwohner\*innenzahlen von Städten wie beispielsweise Frankfurt/Oder, Görlitz oder Baden-Baden wider. Am heutigen Gedenktag für verstorbene drogengebrauchende Menschen trauern wir um die vermeidbaren Opfer einer irrationalen Drogenpolitik. Eine rationale Drogenpolitik, die nicht auf Kriminalisierung der Konsument\*innen, sondern auf eine (staatlich) regulierte Legalisierung setzt, hätte die meisten dieser 54.566 Todesfälle verhindern können!

In Gedenken an die Opfer der Prohibition

Ralf Gerlach

Leiter INDRO e.V. Münster

21.07.2022